

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschusskasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom <b>Deutschen Bauarbeiterverbande</b> Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet
--	---	--

### Ein Tarifvertrag für das Tiefbaugewerbe.

In den Tagen vom 15. bis 17. April ist im Reichsarbeitsministerium zu Berlin über den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für das Tiefbaugewerbe verhandelt worden. Wir uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, ist es dabei zwischen dem Arbeitgeberverband für das Tiefbaugewerbe und dem Deutschen Bauarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter und dem Verband der Maschinen- und Heizer andererseits zum Abschluß eines Vertrages gekommen. Die Grundzüge dieses Vertrages bilden im allgemeinen das Tarifmuster und der Reichsarbeitsvertrag für das Hochbaugewerbe. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit soll die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Die Löhne sollen dem Tarifvertrag niedriger sein, als die Löhne der Bauhilfsarbeiter. Eine diesbezügliche Klausel ist aber aus dem Tarifvertrag gestrichen worden. Die im Tarifvertrag für den Hoch- und Betonbau aufgeführten Arbeiter erhalten, auch wenn sie in Tiefbaubetrieben beschäftigt werden, den in den Tarifen für den Hochbau vorgezeichneten Lohn. (Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen bringen wir in nächster Nummer.)

### Reichskonferenz der Stukkateure und Putzer.

In ihrem weiteren Verlauf behandelte die Konferenz zunächst die Frage: Berufsorganisation oder Betriebsorganisation? Es handelte sich dabei lediglich um die Klärung und Beilegung jener Differenzen, die zwischen unserem Verband und dem Verband der Maler überall dort bestehen, wo Mitglieder des Malerverbandes Putzer- beziehungsweise Stukkateurarbeiten ausführen. Vor allem kommt hier das Rhein- und mittlere Rheingebiet in Frage.

Das Meistertum zu diesem Punkt hatte der Verbandsvorstand dem Kollegen Weiser, Rheinberg, übertragen, der das Thema bereits auf der Stukkateurenkonferenz im Jahre 1912 behandelt hatte. Kollege Weiser führte dazu etwa aus: Wir müssen uns klar werden, was geschieden sollte, damit endlich der Streit zwischen uns und den Malern beseitigt werde. Auf der Konferenz 1912 habe der jetzige Vorsitzende des Malerverbandes gemeint, man dürfe bei Entscheidung dieser Frage das historisch Gewordene nicht unberücksichtigt lassen. Das sei richtig; aber wir müßten doch vor allem der kapitalistischen Entwicklung Rechnung tragen. Die Arbeiter, die ein und dieselbe Arbeit ausführen, müßten sich in Berufsorganisation vereinigen, um den Unternehmern gegenüber zu treten. Die Berufsorganisation ist als die geeignete Organisationsform erklärten. Der Verband der Maler habe dagegen bis jetzt die Auffassung vertreten, daß die in gemischten Geschäften tätigen Putzwerk, Weißbinder und Zünder in den Malerverband gehören. Wenn man nicht die Betriebsorganisation anerkennen wolle, gehörten alle diese Arbeiter und erst recht die bagatelhaften Hilfsarbeiter in den Deutschen Bauarbeiterverband, Sektion der Stukker und Stukkateure. Die Hilfsarbeiter in diesen Geschäften seien heute zum großen Teil unorganisiert, weil wir nicht an sie herantreten und der Malerverband keinen Wert auf die Organisation ungelerner Arbeiter lege. Es fügen ja auch viele Maurer Weißbinder- und Zünderarbeiter aus und niemand denke daran, sie deswegen dem Malerverband zuzuführen. Umgekehrt hätten wir niemals die Aufnahme der in Baugeschäften beschäftigten Maler in unsern Verband verlangt.

Kollege Weiser schilderte dann an einer Reihe von Beispielen eingehend die großen Schwierigkeiten und Schäden, die sich aus dem jetzigen Zustand für unsern Verband und besonders auch für die in Frage kommenden Arbeiter ergeben. In Würzburg sei ein Teil der betreffenden

Arbeiter bei uns, ein anderer Teil bei den Malern organisiert. Der Stundenlohn nach unserm Tarifvertrage sei erheblich höher als der der Maler und Zünder. Die Kollegen hätten wiederholt eine Regelung gewünscht; wir konnten aber nichts unternehmen, wenn wir nicht mit den Malern in Konflikt kommen wollten. Wichtig sei es in diesem Zusammenhang. Dort hätten die Unternehmer nach dem Streik, weil der mit dem Malerverband abgeschlossene Tarifvertrag erheblich niedrigere Löhne fordere als der Tarif für das Baugewerbe, zum Teil nur Leute eingestellt, die sich verpflichteten, in den Verband der Maler überzutreten. Derartige unangehme Verhältnisse müßten beseitigt werden. In Gießen wollten die Maler jetzt einen Tarif mit einem Lohne abschließen, der noch immer 15 % die Stunde unter unserm jetzigen Tariflohn liege. Nach unserer neuen Tarifbewegung würde diese Differenz noch erheblich größer. Und ähnlich sei es in zahlreichen anderen Orten. Soweit in allen diesen Orten für die in Frage kommenden Arbeiter keine einheitliche Organisation zu erreichen sei, müßte mindestens von beiden Organisationen ein einheitlicher Lohn festgelegt werden. Dann könnten die Unternehmer die gleiche Herrschaft nicht mehr ausüben und die Streitigkeiten zwischen uns und den Malern würden geringer.

Er hoffe, so fuhr Kollege Weiser fort, daß der Verband der Maler heute einen anderen Standpunkt einnehme als früher. Abgesehen von der Organisationszugehörigkeit müßte sein, wo die Interessen der betreffenden Arbeiter am besten gewahrt werden. Der Lebertritt der im Malerverband organisierten Weißbinder usw. in unsern Verband sei notwendig. Er schlage vor, die Konferenz möge unsern Verbandsvorstand beauftragen, eine Einigung mit dem Vorstand des Malerverbandes zu versuchen. Wollte die Einigung nicht, so sei die Frage einem auf Grund der Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz einzuschickenden Schiedsgericht zu unterbreiten, dessen Spruch dann beide Parteien sich unterwerfen müßten. Ein solches Schiedsgericht würde allerdings eine Verzögerung bedeuten. Es sei deshalb nötig, daß sich der Malerverband jetzt schon verpflichte, seine niedrigeren Löhne zu bereinigen, als sie von uns vereinbart wurden. Gehebe dies, dann seien schon viele Streitpunkte beseitigt.

Am Schluß seiner Ausführungen wurde von Weiser eine feine Darlegung entsprechende Resolution vorgelegt.

Es nahm darauf das Wort der Vorsitzende des Malerverbandes, Kollege Streine. 1912 sei man auseinandergegangen mit dem Verprechen, wenn weitere Differenzen vorlämen, würden die beiderseitigen Verbandsvorstände zusammenkommen und die Sache regeln. Inzwischen sei über Differenzen kein Wort gewechselt worden. Um so mehr sei er überrascht von der jetzigen Resolution. Auf der Konferenz könne diese Frage nur gelöst, aber nicht endgültig geregelt werden. Das Stuk- und Malergewerbe sei ein Kleinergewerbe, in denen die kapitalistische Entwicklung keine großen Fortschritte mache. Es sei außerordentlich schwierig, eine feste Grenze zu finden zwischen Leuten, die in den betreffenden Gebieten Maler- und solchen, die Putzarbeiten ausführen; denn es handle sich meistens um Leute, die beide Arbeiten machen. Der Malerverband stehe grundsätzlich auf dem Boden der Berufsorganisation; er wolle keine Betriebsorganisation und letztere durchaus nicht an einigen hundert oder tausend Mitgliedern. Der Malerverband verlange nicht die Maurer, die gelegentlich Weißbinderarbeiten ausführen; er sei auch ohne weiteres bereit, die bei ihm organisierten Malerputzer an uns abzugeben. Anders sei es mit den Kollegen, die Putzer- und Malerarbeiten gleichzeitig ausführen. Die wolle der Malerverband nicht abgeben. Er müsse ja keine übermäßige Aufmerksamkeit auf diese Leute an sich zu ziehen. Wenn sie trotzdem nicht zu uns übertraten, so müßte das ruhig machen und man müßte sich fragen, ob die Lohnunterschiede wirklich so groß seien wie hier geschildert wurde.

Streine ging dann auf die von Weiser angeführten Beispiele aus den einzelnen Orten ein und legte dar, warum es dem Malerverband noch nicht überall gelungen sei, die Löhne auf die gleiche Höhe mit uns zu bringen. Im allgemeinen sei dies aber geschehen, und es gebe auch Orte, wo die Tarifhöhe der Maler höher als die untrigen seien. Soweit die Maler im Lohn noch hinter uns zurückblieben, sei der Malerverband bereit, einen einheitlichen Lohn herbeizuführen. An ihm werde in dieser Beziehung

eine Verständigung nicht scheitern. Der Malerverband stütze sich nicht auf das Alte; er sei nicht der Meinung, daß das historisch Gewordene unter allen Umständen bleiben müsse. Er (Streine) sei damit einverstanden, daß einheitliche Löhne angefordert und die Zentralvorstände beauftragt würden, die Schlichtung der organisatorischen Differenzen zu versuchen. Er sei auch damit einverstanden, daß im Notfall die Generalkommission zur Schlichtung angerufen werde, und es sei selbstverständlich, daß sich in einem solchen Falle auch der Malerverband dem Spruch eines Schiedsgerichts unterwerfe. Die von Weiser vorgelegte Resolution sei aber einseitig und müßte noch dahin geändert werden, daß das, was darin über die Herbeiführung eines einheitlichen Lohnes gesagt werde, für beide Verbände Geltung habe.

Der Frankfurter Bezirksleiter des Malerverbandes, Kollege Zimmermann, stimmte den Ausführungen Streines zu und ergänzte sie noch in verschiedenen Punkten. Er halte eine Verständigung auf früherer Grundlage für durchaus möglich. Vielleicht könnten die Zentralvorstände Richtlinien aufstellen. Es sei unbedingt richtig, daß für gleiche Arbeit der gleiche Lohn gezahlt werden müsse; der Name des Berufs tue nichts zur Sache. Es stehe dem gar nichts im Wege, daß die Leute, die nur Putzarbeiten machen, dem Deutschen Bauarbeiterverbande beigetreten werden. Die Differenzen begannen erst da, wo die Kollegen vorwiegend Malerarbeiten ausführen. Das sei die große Mehrheit der Leute; diese machten in der Hauptsache die Arbeit, wie sie im Rheinland der Metzinger und in Norddeutschland der Maler mache. Wichtig sei es, daß für Putzarbeiten einheitliche Löhne festgelegt werden müßten. Die Putzwerk- und die 80 im Malerverband organisierten Maler in Frankfurt a. M. stüße sein Verband gern ab.

Die Diskussion über diesen Punkt war nur kurz, da erfreulicherweise zwischen den Vertretern der beiden Organisationen in der Hauptsache Übereinstimmung bestand. Kollege Ledertal begrüßte die veränderte Haltung des Malerverbandes und erklärte sich ohne weiteres mit der von Streine gewünschten Änderung der Resolution Weiser einverstanden. Er sprach weiter die Hoffnung aus, daß man doch wohl im Baugewerbe mit der Zeit zu einer einheitlichen Organisation kommen werde. Die Kollegen Geer (Erlangen), Beck (Münster) und Hoffstätter (Frankfurt a. M.) besprachen die Richtlinien, die sich in ihren Gebieten aus den heutigen Zuständen ergeben. Alle erklärten eine Änderung für dringend notwendig. Das gleiche tat Kollege Hüttmann, der noch darauf hinwies, daß die Zahl der für unsern Verband in Frage kommenden Leute zweifellos viel größer sei, als vom Malerverband angenommen werde.

Die Konferenz stimmte dann der geänderten Resolution Weiser einstimmig zu. Diese lautet:

Die Wahrung der beruflichen Interessen erheischt dringend eine vollständige Zusammenfassung aller Putzer- und Stukkarbeiten ausführenden Kollegen im ganzen Reich, ohne Rücksicht auf den Namen des Betriebes und die Art des Betriebes, in denen sie beschäftigt sind.

Die Beseitigung unserer Arbeits- und Lohnbedingungen in allen Orten ist nur dann möglich, wenn alle Mitglieder unseres Berufes organisch im Deutschen Bauarbeiterverbande vereinigt sind. Der heutige Zustand bedeutet eine Verhinderung unserer Kräfte und ein Hemmnis unserer Entwicklung.

Die am 1. April tagende Konferenz der Stukkateure beauftragt deshalb den Verbandsvorstand, das städtische Agitations- und Arbeitsgebiet durch besondere Vereinbarungen mit dem Zentralvorstand der Maler abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen und gemeinsamen Agitation, des Lebertritts von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellvertrag) zu regeln.

Bis zur endgültigen Regelung dieser Fragen erwartet die Konferenz, daß der Verband der Maler für seine an Putzer- und Stukkarbeiten beschäftigten Mitglieder keine niederen Löhne vereinbart, als die, die vom Deutschen Bauarbeiterverband für solche Arbeiten gefordert oder vertraglich festgesetzt werden. Dasselbe gilt für den Deutschen Bauarbeiterverband in allen den Orten, wo die Lohnhöhe der Putzarbeiter niedriger sind. Wo die Arbeiten von Mitgliedern beider Organisationen ausgeführt werden, müssen die Löhne und die Arbeitszeit gemeinsam geregelt werden.

Sollte eine Einigung über die Beilegung der bestehenden Differenzen mit dem Verband der Maler zu





Zulagen gekommen. Ebenso groß wie im Lohn waren bis vor Kurzem die Unterschiede in der Arbeitszeit. Diese schwanken in den einzelnen Orten zwischen 8 und 11 Stunden. 8 Stunden arbeiten 1915 die Fliesenleger in Berlin, Dresden und Münden; 8½ Stunden außer den Kollegen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet noch die in Chemnitz, Hamburg, Somburg, Leipzig, Mannheim und Stuttgart. In Nürnberg war die Arbeitszeit 9½ Stunden. 9 Stunden betrug sie in Braunschweig, Dresden, Frankfurt a. M., Hamm, Kaiserlautern, Kiel, Mainz, Wiesbaden, Forstheim, Plauen, Stettin, Stralsburg, Oldenburg. 9½ Stunden war die Arbeitszeit in Hannover, Karlsruhe und Königsberg. 10 Stunden in Bielefeld, Heidelberg, Kallow, Osnabrück, Birmensdorf und Posen, 11 Stunden in Saarbrücken. Man sollte glauben, so meine Kollege Denk, daß es nicht allzu schwierig sein würde, im ganzen Reich einheitliche Arbeitszeiten durchzuführen, da doch die Arbeit im wesentlichen überall die gleiche sei. Darauf zu setzen wäre in Zukunft, daß überall die Hilfsarbeiterlöhne mit geregelt werden, soweit dies nicht bereits durch den Reichsarbeitsvertrag geschehen sei. Inwieweit die Arbeitszeit unter 8 Stunden verkürzt werden könne und solle, müßte die Aussprache ergeben, ebenso, ob es zweckmäßig sei, die Fliesenlegerverträge dem Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe anzugliedern.

Kollege Denk befragte dann ausführlich die Entwicklung und den Inhalt des genauen Vertrages. (Da der Vertrag inzwischen veröffentlicht worden ist, brauchen wir darüber an dieser Stelle nicht noch einmal zu berichten. Der Berichterstatter.) Zu beantworten sei die Frage, ob die Affordarbeit im Fliesenlegergewerbe abgeschafft werden könne und solle. Er halte dies nicht für zweckmäßig, da die Gefahr bestehe, daß von den Unternehmern alles aufgehoben werde, um an ihrer Stelle das Taylorsystem einzuführen. Die Affordarbeit sei ja im Fliesenlegergewerbe in vielen Orten vorherrschend und die Lohnarbeit geradezu verpönt. Es sei angebracht, der jetzigen Lage Deutschland auch angefaßt, die Arbeitskraft so produktiv wie möglich anzuwenden.

Auf Antrag von Rühig, Götin, wurden nun zunächst alle zu diesen Punkten der Tagesordnung vorliegenden

**Anträge**

verlesen und von den betreffenden Delegierten kurz begründet. Kollege Rasmann, Berlin, begründete folgenden Antrag der Sektion Berlin:

1. Im Fliesenlegergewerbe ist jede Affordarbeit verboten; 2. jeder Fliesenleger, der bei fremden Firmen arbeitet, ist verpflichtet, den Lohn zu fordern, den die Firmen am Tariforte zu zahlen verpflichtet sind. Ist jedoch der Lohn am Arbeitsorte höher, so ist dieser zu fordern.

Die Fliesenlegersektion von Chemnitz beantragte: Affordarbeit ist beim Bauaufschlag von Tarifen möglichst zu vermeiden, eventuell ist ein Beschluß herbeizuführen, der Affordarbeit ganz verbietet.

Sinnig, Leipzig, begründete einen Antrag der Leipziger Sektion. Die Leipziger Kollegen sind der Ansicht, daß Affordarbeit nicht ganz von der Hand zu weisen sei; sie wollten aber, daß in einem Geschäft entweder nur in Lohn oder nur in Afford gearbeitet werde. Somit liegen die Firmen die kleinen und schwächeren Arbeiten in Afford, die guten Arbeiten aber in Lohn ausführen. Den Wunsch, daß bei auswärtigen Arbeiten der höhere Lohn des Arbeitsortes zu zahlen sei, hätten die Leipziger schon längst.

Kollege Rünke, Götin, Warmen, begründete einen Antrag der Fliesenleger des bergischen Bezirks: „Die Affordarbeit ist beizubehalten.“ Die bergischen Kollegen hätten unter dem Affordvertrag sehr gut abgefunden. Die Affordarbeit sei nicht nur Vorarbeit, sie habe auch gute Seiten. Die Kollegen hätten dabei größere Gewinne erzielt und das Selbstbestimmungsrecht über die Einrichtung der eigenen Arbeit. Wo die Lohnarbeit eingeführt sei, höre man durchaus nicht nur glänzende Zeugnisse über diese Arbeitsweise.

Kollege Rasmann, Berlin, begründete folgenden Antrag: Die Konferenz möge beschließen: Bei allen Tarifverhandlungen und -abschlüssen ist eine den Verhältnissen der einzelnen Tarifgebiete entsprechende Zulage für auswärtige Arbeiter festzusetzen. Im allgemeinen ist die Frage der Zulage nicht als lokale, sondern als zentrale zu behandeln.

Den Sektionen wird zur Pflicht gemacht, die Hilfsarbeiterfrage mit im Tarif zu regeln. Die Zubereitung und Herbeischaffung des Materials an die Verwendungsstelle hat unter allen Umständen durch Hilfsarbeiter zu geschehen.

Darum, daß bei jeder Zulage für auswärtige Arbeiter nicht in allen Bezirken festgelegt seien, ergaben sich große Unklarheiten. Hilfsarbeiter würden den Regern in verschiedenen Orten nicht gestellt. Wo sie gestellt werden, sähen die Regler einsehen besser. Die tarifliche Regelung der Frage sei dringend nötig.

Kollege Stössel, Wiesbaden, dessen Mandat — weil er aus dem besetzten Gebiet kam — von der Konferenz anerkannt wurde, obwohl vom Regier Frankfurt eigentlich nur 1 Delegierter hätte gewählt werden dürfen, begründete einen Antrag der Wiesbadener Sektion auf Verabschiedung der Affordarbeit und Garantieierung des Stundenlohns. Er sei Direktor Gegner der Lohnarbeit. Rasse nannte die Affordarbeit fallen, so mache man nur den Zwischenmeister, die für auf. Den Nutzen davon hätten nicht die Fliesenleger.

Regier Frankfurt Kollege Sempel machte auf die große Schwierigkeit aufmerksam, die die Regelung der Arbeitsfrage mit sich bringe. Es wäre praktisch, fürs ganze Reich eine einheitliche Grundlage zu schaffen.

Hierauf nahm die Konferenz die

**Berichte der Delegierten**

entgegen. Gleichzeitig sprachen sich die einzelnen Delegierten zu den vorliegenden Anträgen aus. Rühig, Dresden, erklärte, in seinem Ort sei es mit Arbeitslosigkeit sehr schlecht bestellt. Von 35 Kollegen seien nur 14 als Regler in Arbeit, und zwar bei 2 Firmen. Ein Teil der Kollegen sei beim Grenzschutz oder in anderen Berufen tätig. Die Dresdener wollten die Affordarbeit nicht abschaffen. Sie fordern einen Stundenlohn von M. 2,50 und eine Auszahlung von M. 7. Die Hilfsarbeiterfrage regierte für sie nicht. Mit den Hilfsarbeitern haben sie sich nicht zu befassen, da sie durch den Hochbaubauvertrag geregelt sind.

Rasmann, Berlin: In Berlin sind die Ausfühler für unsern Beruf ganz trocken. Unser Gewerbe ist ein Luxusgewerbe, und als solches wird es nur sehr schwer wieder in die Höhe kommen, obwohl auch Forderungen der Hygiene die Ausföhrung von Fliesenarbeiten erfordern. Im Jahre 1913 gab es in Berlin noch über 525 Fliesenleger. Im zweiten Quartal 1914 waren in unserer Sektion noch 199 Fliesenleger und 42 Hilfsarbeiter organisiert. 1915 waren es noch 66 und 9, am Schluß des vergangenen Jahres nur noch 33 und 4. Arbeit gab es während des Krieges fast nur auf Kriegsbauern. Dort waren die Regler mit den bestehenden Bäumen nicht zufrieden und stellten Forderungen; aber erst nach Ausbruch der Revolution gingen die Bäume stärker in die Höhe. Die Arbeitslosigkeit während des Krieges bei auswärtigen Arbeiten vielsach von 8 auf 9 Stunden verlängert worden. Es waren ja vor allem noch die Stiche der Unternehmer beschäftigt. Diese Leute sind zwar fähig, höhere Löhne zu fordern, aber sie verlängern auch gern die Arbeitszeit, um noch ein höheres Einkommen zu erzielen. Die Arbeitsweise im Fliesenlegergewerbe ist nicht überall gleich. Darum werden auch Einheitslöhne schwer durchzuführen sein. Wohl aber kann die Hilfsarbeiterfrage einheitlich geregelt werden. 1908 nach Einführung der Affordarbeit ist in Berlin niemand in Afford arbeiten; erst als die Konjunktur besser wurde, wurden die schlechte Arbeit in Afford zu vergeben gesucht, die gute aber immer noch in Lohn ausgeführt. Als dann die Konjunktur nachließ, verschwand auch die Affordarbeit wieder. Man hat oft die Meinung gefaßt, daß die Arbeitslosigkeit für die Affordarbeit zurückzuführen sei. Das traf aber nicht zu. Es liegt an den Menschen selbst, ob sie die Affordarbeit zur Vorarbeit machen, das kann bei der Lohnarbeit auch geschehen. Auch in Lohnarbeit kann schlechte Arbeit geliefert werden. Dafür haben die Berliner Steinverpacker im Baugewerbe den Beweis erbracht. Nach Hamburger Regler haben Anfang dieses Jahresberichts in Berlin schlechte Arbeit geliefert. Da in Zukunft in Lohn oder in Afford gearbeitet wird. Wir müssen darauf sehen, möglichst alle Kollegen in Arbeit zu bringen. In Berlin hat man erzwungen, ob man nicht abwechselnd 8 Tage in der Woche arbeiten soll. Das wäre dann noch ein Arbeitslohnzusatz zu zahlen. Die Sache ist aber noch in der Schwebe; denn die Kollegen, die Arbeit haben, sind nicht recht damit einverstanden. Zu ihren Forderungen gehen die Berliner Kollegen ebenfalls wie die Maurer; denn sie wollen hinter diesen nicht zurückbleiben. Sie fordern für sich M. 3,70 und für die Hilfsarbeiter M. 3,60 Stundenlohn. Die Unternehmer wollen aber diese Forderungen nicht bewilligen, weil auswärts weniger gefordert werde und sie dann Konkurrenzunfähigkeit würden. Die Kollegen brauchen müßten also mehr fordern. Zu überlegen kommen die Berliner Kollegen immer mehr zu der Überzeugung, daß man sich den Reichsarbeitsvertrag einordnen sollte. In dem neuen Vertrag ist die Arbeitsbeschaffung und das Bauputererzeugnis gut geregelt. Die Vetternwirtschaft muß man wehnehmen. Das Beschäftigungsamt in Berlin ausgearbeitet. Anfang des Jahreshunderts wurden stets tüchtige Maurer als Regler angeleitet, später lernten dann die Unternehmer auch Hilfsarbeiter und Lehrlinge an. Dabei spielten die Zwischenmeister eine unheilvolle Rolle. Es wurden Leute aus allen möglichen Berufen angeleitet. Heute sind die meisten dieser Leute wieder verschwunden, weil die Fliesenleger in den Baugewerbe übererregt und sie damit nichts leisten können. Die Lehrlingsausbildung hat während des Krieges stark nachgelassen.

Rühig, Frankfurt a. M.: In Frankfurt ist die Konjunktur ebenfalls schlecht. Bis zum Ausbruch des Krieges hatten wir hier etwa 100 Mitglieder, heute sind es etwa 70, von denen höchstens 25 bis 30 in Arbeit stehen. Die meisten arbeiten in anderen Berufen, zum Teil auf dem Lande. In ihrer Mehrheit sind die Frankfurter Fliesenleger Anhänger der Affordarbeit. Sollte die Konferenz aber anders beschließen, so werden wir auch einen gegenteiligen Beschluß durchführen. Wir hatten die Affordarbeit schon einmal abgeschafft, mußten sie aber wieder einführen, weil immer dem Mäßen der Organisation doch in Afford gearbeitet wurde. Es wurde nur allmählich das Zwischenmeisteramt aufgehoben. Wir wollten die Affordarbeit zentral regeln und auch dafür sorgen, daß die Arbeitsbeschaffungen entsprechend dem Stande der Arbeiten regelmäßig ausgeschrieben werden. Der Stundenlohn muß garantiert werden, eben das würde ich mit einem Vertrag zu nehmen. Die Affordarbeiter sollten für größere Bezirke abgeschlossen werden, schon wegen der Ausföhrung. Einen Beschluß auf Abschaffung der Affordarbeit sollten wir nur dann fassen, wenn wir überzeugt sind, daß wir ihn auch durchführen können, sonst sollten wir es lassen. Das Zwischenmeisteramt ist für unsern Beruf das Verhängnis, was es geben kann; wir müssen alles aufbringen, um es

zu beseitigen. — Der Redner erklärte schließlich noch, daß er persönlich ein Gegner der Affordarbeit sei.

Stössel, Wiesbaden: In Wiesbaden ist die Konjunktur ebenfalls schlecht. Es arbeiten im Beruf 15 von 35 organisierten Kollegen. Die anderen sind bei Hochbaubauarbeiten beschäftigt. Der Stundenlohn ist in Wiesbaden geregelt M. 1,60. Lehrlinge haben wir 4; es sind noch alles Söhne von Kollegen. Bezüglich der Affordarbeit wollen wir uns mit Mainz dem Frankfurter System anschließen.

Rünke, Götin: Ich kam nicht hinsichtlich der Lage des Berufs so ziemlich dem zündlichen, was Ullinger ausgeführt hat. Doch weiß heute noch niemand, wie sich in Zukunft der Arbeitsmarkt gestalten wird. Die Sektion Warmen wünscht die Festsetzung eines Einheitslohnes für Maurer, Zimmerleute und andere baugewerbliche Facharbeiter. Warum soll der Mutterberuf schlechter gestellt sein als die aus ihm hervorgegangenen Spezialberufe? Die Fliesenleger sind stark auf die Maurer angewiesen. Daher wollen wir auch in ein vertragliches Verhältnis mit ihnen kommen. Der Einheitslohn ist dafür die Voraussetzung. Zeit ist es im bergischen Bezirk so, daß die Fliesenleger einen großen Teil ihrer Einnahmen als Schmaragdgeber für die Maurer verwenden müssen, um mit der Arbeit vorwärts zu kommen. Die Konferenz sollte ausprechen, daß wir uns dem Hochbaubauvertrag anschließen und auch zu den Verhandlungen hinzugezogen sein wollen. Als Fliesenleger sollten wir in nächster Zeit nur Maurer annehmen, die für diesen Beruf besonders geeignet sind. Wo eigentliche Lehrlinge vorkommen, sollten wir für sie als Lohn im ersten Lehrjahre 30 pZt., im zweiten 50 pZt. und im dritten 75 pZt. des Fliesenlegerlohns fordern. Auch bei uns haben die Unternehmer unsere Forderungen abgelehnt mit der Begründung, daß anderwärts weniger gefordert werde. Wir haben uns jetzt den Forderungen im Hochbaugewerbe angepaßt. Wir wollen einen gemeinsamen Vertrag mit Einheitslohn und einheitlicher Arbeitszeit. Die Affordarbeit wollen wir beibehalten; ich persönlich bin zwar anderer Ansicht, habe aber ein gebündeltes Mandat. Die Moralität hat im Fliesenlegergewerbe in den letzten Jahren sehr gelitten. Wir müssen strengere Organisationsformen einführen, wir müssen zur Zwangsorganisation kommen. In anderen Gewerbegruppen unseres Gebietes ist dies bereits vielfach erreicht. Es muß auch im Baugewerbe erreicht werden. Wenn wir die Leute richtig erziehen, können wir die Frage, ob in Lohn oder in Afford gearbeitet werden soll, ruhig den einzelnen Orten überlassen. Hinsichtlich der Ausfühler für unsern Beruf bin ich nicht so pessimistisch wie Ullinger. Es muß doch gebaut werden, und hygienisch geht es vorwärts. Es kommt allerdings auf die Art des Friedens an. Ich möchte gerne wissen, wie sich der Verbandsvorstand zu unsern Forderungen stellt. Die Arbeiter sind an der Verfestigung der Verhältnisse nicht schuld. Die Preissteigerung ging den Lohnsteigerungen immer voraus. Die Verhältnisse sind noch nicht ausgeglichen. Die Arbeiter dürfen nicht darunter zu leiden haben. Wir müssen unsere Forderungen danach einrichten.

Rühig, Götin: In Götin ist die Lage so schlecht wie überall. Ich sehe die Lage nicht so rosig an wie Rünkefeld. Für das übrige Baugewerbe ist zwar eine gute mittelmäßige Konjunktur zu erwarten, sobald die Kohlenförderung eine genügende Baustofflieferung und den Baustofftransport zuläßt. Aber für das Fliesenlegergewerbe das nicht; denn in Wohnungsbau, die ja in nächster Zeit vorwiegend in Frage kommen, gibt es nur wenig Fliesenarbeit. Unser Bezirkvertrag, den wir seit 1914 hatten, war im vorigen Herbst abgelaufen. Bei unserer Konferenz in Duisburg sind für das ganze Gebiet einheitliche Forderungen aufgestellt worden, selber hat sich die Steuer Sektion nicht daran gehalten und uns damit große Schwierigkeiten gemacht. Das darf nicht wieder vorkommen; wenn einheitliche Normen aufgestellt werden, müssen sich alle Sektionen danach richten. In Götin haben während des Krieges viele Deklamierer die Organisation verlassen, sie sind aber inzwischen wiedergekommen, weil sie kommen mußten. Die christliche Organisation hat bei uns nur wenig Bedeutung. Ich bin für einheitliche Affordarbeit für zusammenhängende größere Wirtschaftsbereiche. Eine Vereinheitlichung unseres Tarifwesens ist dringend nötig. Zentral läßt sich die Vergütung für auswärtige Arbeiter nicht regeln, woß aber für größere zusammenhängende Gebiete. Heute sind die Unterschiede unverhältnismäßig groß. Bezüglich der Unterstellung der Fliesenleger unter den Hochbaubauvertrag stimme ich Rünkefeld zu, auch darin, alle Arbeiter unter einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bringen. Wir ziehen uns dann auch keine unheilvolle Konkurrenz groß. Wir könnten die Vereinheitlichung auch nicht aufhalten, selbst wenn wir es wollten; denn auch die Unternehmer streben die Vereinheitlichung an. Daß die Unternehmer die Hilfsarbeiter stellen sollen, hat schon im Jahre 1907 eine Konferenz in Götin verlangt. Dieses Verlangen haben wir heute noch, wenn auch manchmal die Stellung eines Hilfsarbeiters schwierig ist, zum Beispiel, wenn nur ein Regler an einer Wand tätig ist. Daß die Fliesenlegerhelfer unter uns in der Sektion sind, ist nicht nötig, sie sind Hilfsarbeiter, wie die anderen auch. In Götin hat man die Mittelunter auch verwendet aus den Händen der Maurer erzwungen. Später haben dann Fliesenleger ihre Söhne mitgenommen. Aus den Häusern ist auch nur ein kleiner Teil der Regler hervorgegangen. Ich möchte allen Reglern, die ihre Söhne den Fliesenlegern erlernen lassen wollen, dringend raten, sie zuerst den Maurerberuf erlernen zu lassen. Sie werden sonst sehr oft arbeitslos sein. Ich selbst habe diese bittere Erfahrung sehr oft





In allen Verträgen, die Affordarbeit vorsehen, ist darauf zu dringen, daß auch bei Affordarbeit der Stundenlohn garantiert wird; ferner ist in allen Verträgen zu verlangen, daß die Unternehmer — mit Ausnahme bei kleinen Betrieben — die Hilfsarbeiter zu stellen haben.

Für auswärtige Arbeiter ist festzulegen, daß die Unternehmer für den Fall, daß an dem Arbeitssorte höhere Löhne bestehen als am Wohnort des Arbeitnehmers, den höheren Lohnsatz zu zahlen haben. Dasselbe gilt bei der Arbeitszeit; die kürzeste Arbeitszeit und der höhere Lohn ist maßgebend.

Die Zahlung der Auslösung bei auswärtigen Arbeitern ist in den Lohnbezirken einheitlich zu regeln. Wo Beschäftigte im Pfleienlagerberuf beschäftigt werden, sind auch für diese Lohnsätze festzulegen. Außer dieser Resolution ging noch folgender Antrag von Heilmann und Schumann (Samburg) ein:

Die heutige Konferenz der Pfleienlager beschäftigt: 1. Daß in Bezirken, für die Tarife abgeschlossen werden, nur in einem Lohnverhältnis (Lohn oder Afford) gearbeitet werden darf. Ausnahmen bilden bei Affordarbeit schwerere Fälle und ganz kleine Betriebe, die im Affordtarif nicht zu bezeichnen sind. 2. Werben in Bezirken Affordtarife abgeschlossen, dann darf dort nur in gemeinschaftlichen, nicht im Einzelstark gearbeitet werden.

Und schließlich lag noch ein Antrag von Junfermann, Warden, vor:

Die Konferenz wolle sich auf den Standpunkt der einheitlichen Arbeitszeit sowohl wie auf den des Einheitslohnes stellen, der in dem jeweiligen Vertragsgebiet aufzufindemmt

In der weiteren Aussprache erklärte Rühig, Götin, daß er das Wort Einheitslohn als Mindestlohn aufgefaßt wissen wollte. Er wolle keinen unabänderlichen Einheitslohn, sondern nur einen einheitlichen Mindestlohn für die verschiedenen Arbeitergruppen. Daß bewegten kein Handworte mehr geltend wurde, weil die Hilfsarbeiter den gleichen Lohn wie die gelehrten Arbeiter bekommen, sei nicht zu befürchten, sofern nur dafür gesorgt werde, daß die Leistungen den gleichen oder annähernd den gleichen Lohn wie die ungelerten jungen Arbeiter bekommen. Kamunte, Berlin, machte nochmals darauf aufmerksam, daß die Frage der Hilfsarbeiter in den verschiedenen Orten ganz verschieden liege. Auch ihre Tätigkeit in den einzelnen Orten sei sehr verschieden. Schumann, Hamburg, sprach sich gegen die Forderung von Mindestlöhnen in den Verträgen aus. Es würde damit nur ein ungelobtes Scheitern begünstigt. Knob, Braunschweig, meinte unter anderem, der Gedanke eines einheitlichen Lohnes für die verschiedenen Arbeitergruppen sei gut, aber dann müsse man die höheren Löhne nicht abbauen, sondern müsse die niedrigeren Löhne erhöhen. Ferner regte er die Einführung von Ferien an. Junfermann, Warden, wandte sich dagegen, daß man irgendwo vertraglich festlege, daß nur in Afford gearbeitet werden dürfe. Nach seiner Meinung sollten wir doch einen Mindestlohn fordern. Das Ergänzungsminimum müsse garantiert werden.

Stinnes antwortete auf die Frage von Junfermann, wie sich der Verhandlungsstand zu den Lohnforderungen stelle. Angehörige der Zeuener und der Landtag, daß die Bauarbeiter während des Krieges mit ihrem Löhnen hinter anderen Arbeitergruppen zurückgefallen seien, sei der Vorstand der Meinung, daß unsere Kollegen höhere Löhne fordern müßten, und daß sie dabei auch nicht allzu zimperlich zu sein brauchen. Der Vorstand behaupte dies; es wäre ihm lieb, wenn die Löhne abgebaut werden könnten (Zustimmung); aber davon sei leider nach dem Stande der Preise vorläufig noch keine Rede, und so seien wir mit unseren Lohnforderungen in einer Zwangslage. Der Redner warnte schließlich noch vor einer Herabsetzung des Wertes von Lohnforderungen, die zurecht ausschließlich auf die Konjunktur abgewälzt würden und zu einer weiteren Steigerung der Preise und zur weiteren Entwertung unseres Geldes führten. Kollege Mose, Wiesfeld, trat neuerdings für einen höheren Lohn der Bager ein, und Wä, Nürnberg, wünschte, der Verhandlungsstand möge den Sektionen die Durchsicht der Konferenzbeschlüsse zur Pflicht machen, was Kollege Dentshal für selbstverständlich erklärte.

Es folgte nun die Abstimmung. Die Resolution Dentshal wurde einstimmig angenommen. Der Antrag Heilmann und Schumann wurde gegen 2 Stimmen und den Antrag Junfermann gegen 2 Stimmen ebenfalls angenommen. Damit waren die übrigen Anträge zu den beiden ersten Punkten der Tagesordnung erledigt. Es folgte nun die

**Stellungnahme zum Verhandlungsstand.**

Kollege Dentshal erklärte kurz die Aufgaben des Verhandlungsstandes. Von Heilmann, Hamburg, lag zu diesem Punkt folgender Antrag vor:

1. Da die Gruppe der Pfleienlager bisher auf den Verhandlungsstand eine eigene Vertretung nicht hatte, sei aber doch eine solche haben müßte, um ihre speziellen Wünsche vertreten zu können, erwidert die Konferenz den Verhandlungsstand, er möge beschließen, daß den Pfleienlagern auf künftigen Verhandlungen eine Delegation zugeordnet wird.

2. Für den am 4., 5. und 6. Mai stattfindenden Verhandlungsstand erwidert er den Verhandlungsstand, um wenn möglich, eine Feuille zu wählende Delegation zuzugestehen.

Kallebach, Bochum, sprach sich für diesen Antrag aus und erklärte des weiteren, eine den Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung der Angelegenheiten für

notwendig. Dentshal meinte, die Konferenz könne ja eine Delegation wählen, aber die Entscheidung über ihre Berufung müsse dem Verhandlungsstand überlassen bleiben. Rühig, Götin, meinte, der Verhandlungsstand werde sich auch mit der Aenderung unseres Unterstufungswesens befassen müssen. Die Entwicklung habe einen anderen Weg genommen, als unser Statut ihn vorseht. Die Gründe, die seinerzeit für die Forderung einer höheren Arbeitslosenunterstützung gegenüber der Krankenunterstützung maßgebend gewesen seien, wären heute hinsichtlich, nachdem wir eine verheißungsvolle Arbeitslosenunterstützung hätten. Die statistischen Bestimmungen ließen sich auch gar nicht mehr durchführen, weil sich viele Strände einfach arbeitslos meldeten und somit doch die höhere Unterstützung befehlen. Der Verhandlungsstand müsse die fragliche Bestimmung beibehalten. In der Gehaltsfrage müsse der Verhandlungsstand den heutigen Verhältnissen Rechnung tragen, der Verband solle die besten Kräfte verlieren. Er habe nichts dagegen, daß der Verhandlungsstand das Statut ändere und den Spezialgruppen das Recht der Wahl von Vertretern auf ihren Berufsgruppen zugewöhle. Über die Paritätitätsfragen sollten jetzt doch endlich verhandelt werden. Wir alle seien Bauarbeiter und sollten uns damit abfinden.

Kamunte, Berlin, erwidert, daß der Verhandlungsstand bei den Wünschen der Vertreter zu den Berufsgruppen nicht eingetrigt war. Wenn auf den Verhandlungsstand nicht mehr Angehörige der Spezialgruppen gewählt würden, so liege die Schuld an diesen Berufs selbst. Die Kollegen müßten sich mehr an der Organisationsarbeit, ganz besonders an der Kleinarbeit beteiligen. Die Berliner Pfleienlager täten das. Sie verlangten keine Vorrechte für die Spezialgruppen, sondern sie täten ihre Pflicht und sähen nicht schief dabei. Die Gehaltsfrage für unsere Angehörigen müsse geregelt werden. Die Angehörigen müßten sich heute schlechter als die auf dem Bau arbeitenden Kollegen; sie bekämen zum Teil sogar weniger, als arbeitslose Kollegen mit gleicher Familienunterstützung bezögen. Der Verhandlungsstand werde sich auch mit der Wahl der Arbeiterkräfte beschäftigen müssen. Stinnes wandte sich schließlich gegen die Wahl von Sondervertretungen zu den Verhandlungsständen. Wenn die Konferenz den Antrag Heilmann annehme, werde sich der Verhandlungsstand allerdings erneut mit diesen Wünschen befassen; aber für empfehlenswert halte er solche Sondervertretungen nicht. Wir seien eine Einheitsorganisation und müßten den Einheitsgedanken mehr in den Vordergrund stellen, wie das ja auch in der Diskussion über die ersten Punkte der Tagesordnung fast allgemein gewünscht worden sei. Durch die Wünsche auf Sondervertretungen der einzelnen Gruppen fördere man den Einheitsgedanken nicht. Gerade die Pfleienlager seien auf den Verhandlungsständen, ihrer Zahl entsprechend, auch ohne Sonderdelegationen immer gut vertreten gewesen. Würde ihnen eine Sonderdelegation zugestanden, so müßten sie selbstverständlich bei den allgemeinen Wahlen als Wähler und als Kandidaten auscheiden; denn eine doppelte Vertretung könne es nicht geben. Die Pfleienlager würden dann wahrscheinlich nicht mehr, sondern weniger Berufsangehörige auf den Verhandlungsstand bringen als heute; die ihre Zahl sei ja nur klein. Auch bei der Wahl der Delegierten durch Berufsgruppen nicht zu empfehlen, weil sie indirekt sei und die Berufsangehörigen von der Wahl ausschloß. Wohin sollte es übrigens führen, wenn auch die Maurer, die Hilfsarbeiter usw. besondere Vertretungen verlangten? Schließlich müßte man auch für die noch Wachenkonferenzen abstimmen. Die Spezialgruppen hätten durch ihre Reichskonferenzen, auf denen sie ihre beruflichen Angelegenheiten behandeln könnten, vor den übrigen Gruppen oberdes schon einen Vorteil voraus. Wenn man aber schon für spätere Verhandlungsstände eine Sondervertretung wünsche, so müßte diese doch bei diesem Verhandlungsstand fortfallen; denn die Wahlen hätten bereits stattgefunden und die Pfleienlager hätten überall mitgewählt, zum Teil sich auch als Kandidaten aufstellen lassen.

Kollege Heilmann lag darauf den zweiten Teil seines Antrages zurück. Was Ellinger darüber gesagt habe, sei richtig. Junfermann schloß sich Ellinger an und wünschte die Zurückziehung des ganzen Antrages. Der Verhandlungsstand habe sich nur mit allgemeinen Verhandlungsangelegenheiten, nicht aber mit Spezialfragen zu befassen. Dafür seien die Reichskonferenzen da. Schumann schloß sich Heilmann an.

Der Antrag Heilmann wurde darauf gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Kollege Heilmann, Hamburg, trat hierauf noch für eine Petition an die Regierung um Bereitstellung von genügend Stellen zur Bauhilfsstellen und für eine anderweitige Förderung der Bautätigkeit sowie für Gründung von Gewerkschaften, entsprechend seinem Artikel in Nr. 16 des „Grundstein“, ein. Der Verhandlungsstand sollte eine Kommission zur Prüfung dieser Frage einsetzen. Auch im „Grundstein“ sollte diese Sache diskutiert werden. Kollege Ellinger verwickelte in die Diskussion, die nach der großen Auswertung im Jahre 1910 im „Grundstein“ über die Gründung von Gewerkschaften geführt worden ist. Damals sei man zur Abschaffung dieses Gebankens gekommen. Angewandten hätten sich die Verhältnisse wesentlich geändert, und er könne sich wohl vorstellen, daß man im Augenblicke in abschbarer Zeit zur Gründung von Arbeitslosenvereinigungen kommen werde, die unter Ausnutzung der Unternehmer die Arbeit direkt von den Staaten, Gemeinden usw. übernehmen könnten. Eine Aussprache über diese Dinge könne nur nützen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Kollege Dentshal schloß die Konferenz abends 7 1/2 Uhr.

indem er seiner Freude über ihren sachlichen Verlauf Ausdruck gab. Die Konferenz werde dazu beitragen, daß es draußen wieder vorwärts gehe. Wenn auch nicht in diesem, so sei doch im nächsten Jahre wieder auf eine bessere Konjunktur zu hoffen. Möchten die Delegierten für die Stärkung der Organisation mit sorgen und dazu beitragen, daß wir aus dem allgemeinen Schlamassel wieder herauskommen. Wenn sie das täten, so erfüllten sie ihre Pflicht gegen den Verband und die Allgemeinheit. A. E.

**Berichte.**

**Bezirk Bremen. (Bezirkskonferenz.)** Die Konferenz tagte am 23. März Bremen. Anwesend waren 39 Delegierte, 6 Kollegen vom Bezirksausschuß und Kollege Dehrendt als Vertreter des Verhandlungsstandes. Neun Vereine hatten keine Delegierten entsandt. Zu Vorstehenden wurden die Kollegen Van Eena und Blum, als Schriftführer die Kollegen Meyer und Voegmann gewählt. Kollege Van Eena erläuterte den Bericht des Ausschusses. Die Bautätigkeit rückte 1914/15 fast vollständig und war nur auf Hülfen und Marinebauten beschränkt. Die Agitation war sehr schlecht zu bezeichnen. Der Mitgliederbestand von 1915 im Jahre 1914 war im Jahre 1917 bis auf 5729 gesunken. Jetzt herrscht überall sehr reges Leben. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 9112, und es ist zu hoffen, daß der Bestand der Zeit vor der Mobilmachung bald überflügelt sein wird. Als gefallend gemeldet wurden 230 Kollegen. Die wirkliche Zahl wird aber bedeutend höher sein, da verschiedene Vereine zuletzt keine Meldungen mehr machten. Zum Vereinsdienst wurden 8198 Kollegen eingezogen. In den Jahren 1915/16 war mehr Arbeit vorhanden. War vor dem ein Liebesangebot von Arbeitskräften, so war es da nicht möglich, die offenen Stellen auch nur annähernd zu besetzen. Die Kollegen waren daher sehr schwer zu bewegen, sich gute Gehaltsfragen für sich auszumachen. Sie lebten in Apathie und wiesen oft helferbezogene Arbeit zurück, weil sie mit keinen Unbequemlichkeiten verbunden waren. Die Lohnverordnungen hatten bezüglich des Eintritt der Zeuener nur einen recht geringen Erfolg. Nicht immer waren die vom Vereinsdienst entlassenen und beurlaubten Kollegen zu überzeugen, daß sie dem Verbands wieder beizutreten und Beiträge zu zahlen hätten. Die Beurlaubten waren der Meinung, sie seien noch Soldat und brauchten keine Beiträge zu zahlen. Die Zeuenerangelegenheiten sind, mit Ausnahme von Eulinger, überall geregelt. In Bremen wurden sie erst durch einen Streik errungen. 20 Vereine, die nicht unter den Reichstarif fallen, befinden sich in einer Lohnbewegung auf örtlicher Grundlage. Der Bauarbeiterstreik liegt sehr demüder. Es muß Aufgabe der Kollegen sein, ihre Augen mehr darauf zu richten, zumal jetzt meist nur altes Gerüstwerk verwendet wird. Den Frauen gebühre Dank für ihre Tätigkeit im Verbands während des Krieges. Frauen hätten das Amt des Vorstehenden und Kassierers übernommen, während verschiedentlich nur 20 bis 25 Kollegen am Orte waren. Die Kollegen sind zu bequem und verträumt. Der Vorsteher muß alles regeln. Über 300 Frauen seien dem Verbands als Mitglieder beigetreten. Einzelne kleinere Orte, die jetzt an größere Vereine angeschlossen seien, wünschten, selbständig zu werden. Statt Zusammenstimmungen als Ablehnung. In der Diskussion befragten die Delegierten den Bremen den Gedanken der Einheitsorganisation und rügten den Artikel des „Grundstein“ vom Januar d. J., aus dem nach ihrer Ansicht zu entnehmen sei, daß die Arbeitslosenunterstützung zu hoch wäre. Die übrigen Delegierten widersprachen und lehrten die Einheitsorganisation ganz energisch ab.

Kollege Dehrendt, Hamburg, sprach über die Lohnbewegung. Redner gab einen Rückblick über die Kriegsjahre und den Tarifvertrag. Eingehend erläuterte er den neuen Reichstarifvertrag. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen endlich geregelt werden. Redner darf für seinen gut durchgeführten Vortrag die Zustimmung der Konferenz, bis auf einige Kollegen, die übertragene Wechselt ist der Ansicht, daß ein Vertrag zustande kommen müßte. In Paragraph 7 wurde eine Abänderung gewünscht. Folgender Antrag des Zweigvereins Wilhelmshaven fand einstimmige Annahme: „Der Paragraph 7 erhält die Fassung: Zur Schlichtung von örtlichen Streitigkeiten aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen sind die örtlich-beherrschenden Schlichtungskommissionen zuständig. Alles übrige wird getilgt.“ Dann wurde noch auf die große Differenz der Löhne innerhalb des Bezirkes hingewiesen. Die Löhne müßten denen der Industrie angepasst sein. Auch die Führer hätten verantwortlich gegen die Gewandtheit der Gewerkschaften, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erziehen, verhalten. In seinem Schlusswort stellte Kollege Dehrendt den Artikel des „Grundstein“ richtig. Der Sinn des Artikels sei: nicht die Arbeitslosenunterstützung sei zu hoch, sondern die Löhne seien in den betreffenden Orten zu niedrig. Dieses wäre ein unangelegener Verhältnis. Auch in diesem Jahre hätte der Vorstand sich davon leisten lassen, das Beste für die Kollegen herauszufinden. Leider wären die Leute bis oben vollgestopft von Doh gegen die Wogen. Esnadrück hatte den Antrag gestellt, zu gestatten, daß ihnen die Möglichkeit eingeräumt werde, an jedem Sonntage schon mittags um 1 Uhr Schluß mit der Arbeit zu machen. Abmachung mit der Verpflichtung, die dann folgenden 2 1/2 Arbeitsstunden auf die anderen Tage zu verlegen, so daß für die ersten fünf Wochentage die Arbeitszeit statt 8 Stunden 9 1/2 Stunden betrage. Der Antrag wurde abgelehnt als nicht im Einklang mit den bestehenden Gesetzen. Zur Wahl des Bezirksausschusses stellte der Verein Cdenburg folgenden Antrag: „Der Bezirksausschuß ist in Zukunft nicht, wie bisher, allein vom Vorort des Bezirkes, sondern aus den Vereinen des ganzen Bezirkes zu wählen, wie dies dem Sinne nach aus dem Paragraph 7 Abs. 3 des Statuts hervorgeht.“ Der Antrag wurde angenommen. Gemäßigt wurden die Kollegen Van Eena, Meyer, Voegmann, Heinerichs, Bremen; Klau, Cdenburg und Meister, Wilhelmshaven. Als Referenten Dreßling, Graumann, Bremen, und Meining, Delmenhorst. Mit einem Schlusswort des Kollegen Klauena fand die Konferenz ihre Ende.

**Bezirk Göttingen (Bezirkskonferenz)** Am 30. März tagte im Gärtner-Gewerkschaftshaus die Konferenz für den 9. Bezirk. Anwesend waren 28 Delegierte aus 13 Vereinen und der Bezirksauskunft. Der Vorstand war nicht vertreten, weil die Einzelvereinbarung nicht gegeben wurde. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Müll. Er führte aus, daß wir hinsichtlich der Mitgliederzahl den Bestand von 1917 im Jahre 1918 festgehalten hätten. Im letzten Vierteljahr 1918 und im ersten Vierteljahr 1919 hätten wir erfreulicherweise eine große Mitgliederzunahme gehabt, so daß der Bezirk am 31. März 17.943 Mitglieder zählte. Demnach haben wir in einem Vierteljahr den Mitgliederbestand verdoppelt und den Bestand von 1914 um 2000 Mitglieder überholt. Die Bauwirtschaft war im letzten Jahre sehr mäßig, und am Ende des Jahres gab es allgemeinen Stillstand. Auch im neuen Jahre ist die Bauwirtschaft nicht im vollen Aufschwung. In im letzten Jahre wenig geschah. Besonders leidet durch die Anstellung von Baukontrolluren aus Bauarbeitereisen eine Verengung ein. Die Stadtbauverwaltung Göttingen hat die Gewerkschaften bereits ermahnt, geeignete Leute vorzuschlagen. Kollege Müll forderte die Delegierten auf, an ihre Stadtbauverwaltungen heranzutreten, damit für ausstehenden Bauarbeitereisen gefordert wird. In der Bezirkstagung wurden die Vereine Düren und Gammertshaus neu gegründet. In Jüllich lebte die Organisation wieder auf. Die Organisationsgeschichte werden sehr gefördert durch den Mangel an guten Bauwirtschaftern. In mehreren Vereinen muß die Beschäftigung der Mitglieder durch den Arbeitsmangel fortgesetzt werden. In der Bezirkstagung wurden durchgeführte Fortschritte erzielt. Größere Lohnbewegungen sind nicht vorgekommen. Kleinere Lohnbewegungen wurden durchgeführt in Jüllich, Düren und Grefeld, außerdem im Tiefbauwerke. Bei den Tarifverträgen haben wir eine kleine Organisationsauflockerung. Am 17. Februar hatten wir 1600 arbeitende Kollegen. Die Zahl war bis zum 24. März auf 782 zurückgegangen. Davon waren allein im Verein Düsseldorf 402, also 60 pSt. der Gesamtzahl. Die Unternehmerrorganisation hatte in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Ursache lag wohl hauptsächlich in der Zurückdrängung der Gewerkschaften durch die Bundesmitglieder durch die Behörden. In einigen Orten weigerten sich die Unternehmer beharrlich, die Lohnumrechnung auf die achtstündige Arbeitszeit vorzunehmen. Sie haben sich dabei auf die einschlägigen Verordnungen berufen. Die Unternehmer im Tiefbauwerke sind gleichfalls dem Arbeitgeberbund beigetreten. Kollege Müll erwähnte dann noch die Schwierigkeit des Reisens, der Postbestellung und des Zeitungsbesitzes. Er schloß mit der Mahnung an die Kollegen, nicht zu erwidern in der Arbeit für die Organisation, damit wir am Jahresabschluss mehr als 20.000 Kollegen im Bezirk für uns haben. Der Massenbericht wurde vom Kollegen Müll gegeben.

In der Aussprache über den Bericht der Bezirksleitung schilderte der als Gast anwesende Kollege Wöde die Zustände bei den letzten Streiks in Düsseldorf, deren Durchführung man mit dem Marabiner und dem Niederländer der Gewerkschaften erregungen habe. Die Umsetzung der Lohnhöhe habe statt erledigt werden können. Es seien auch die Lohn von 4,10 bis 4,20 erungen worden, aber es sei fast gar keine Arbeit vorhanden. Die hohe Arbeitslosigkeit sei erklärlich; denn die Düsseldorf Kollegen nehmen keine auswärtige Arbeit an, da sie ja zu Hause die auswärtsige Lohn bekommen, wie der Unternehmer, die achtstündige Arbeitszeit einzuhalten. Nach einigen Ausführungen der Kollegen Kraus, Neuh und Hemmer über den Gehalt, referierte Kollege Müll über unsere derzeitige „Lohnbewegung“. Er teilte mit, daß der Kollege Dörmlich aus Hamburg darüber sprechen sollte, der aber keine Einzelvereinbarung bekommen habe. Mehrere schickte dann zunächst die Gründe, die 1917 und 1918 zur Vertragsverlängerung geführt haben. An der Vertragsverlängerung im Januar gingen die Meinungen über Verengung oder Erneuerung noch auseinander. In gemeinsamen Beratungen der beteiligten Verbände wurde festgestellt, daß man hätte zu dem Zeitpunkt, an dem die neuen Verträge soll die Vertragsverlängerung erreicht werden. Man hätte die Sozialversicherungsbeiträge im Augenblicke. Er empfahl das vorliegende Vertragsmuster zur Annahme. Die Vertragsverlängerung, die geforderten Löhne seien, der Zeit entsprechend, niedriger. Die Bauwirtschaft sei während des Krieges so beherrschend geworden, in der Industrie hätten zugewandene Arbeiter Grundstücke erworben und erwarben Bauarbeiter. Die Arbeitsbedingungen gegen die zentrale Regierung verlangten die Arbeiter, aber die Bauarbeiter, die sich in der Arbeitsverlängerung. Einige Kollegen forderten jedoch kein für die Bauarbeiter und die arbeitende Bevölkerung. Der Bauarbeiter konnte die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen. Die Bauarbeiter sollten die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen. Die Bauarbeiter sollten die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen.

Der Bauarbeiter sollte die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen. Die Bauarbeiter sollten die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen. Die Bauarbeiter sollten die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen.

**Bezirk München (Bezirkskonferenz)** Am 30. März tagte im hiesigen Gewerkschaftshaus die Konferenz für den 9. Bezirk. Anwesend waren 43 Delegierte, der Bezirksauskunft und ein Vertreter des Bezirksvorstandes. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Müller. Er führte aus, daß die letzte bedeutende Konferenz, am 27. Oktober 1918, sich mit dem Ablauf des Reichsarbeitsvertrages beschäftigte hatte. Man sah damals das furchtbare Kriegswunder nicht voraus. Als im August 1918 der Sturm losbrach, wurden die Arbeiter meistens zum Kriegsdienst eingezogen, darunter auch zahlreiche Verwaltungsmitarbeiter. Bis zum 31. März 1919 waren aus dem Bezirk bereits 3957 Kollegen eingezogen, bis Ende 1919 waren es 6289, im vierten Quartal 1918 6803, im vierten Quartal 1917 6304 und im vierten Quartal 1916 6222 Kollegen. Von den in den Krieg Gegangenen lebte leider eine große Zeit nicht wieder in der Heimat zurück. Bis Ende 1918 wurden 675 Kollegen als gefallen gemeldet, 2783 waren als aus dem Felde zurückgekehrt gemeldet. Diese Zahlen haben aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Jeder hat bei Kriegsausbruch und im Krieg aus eine große Zeit von sogenannten Auskollegen dem Verband den Rücken gekehrt. Von der Verbandsleitung wurde nichts versucht die Mitglieder auf die Notwendigkeit der Organisation aus dem Krieg hinzuweisen. Die Organisation ruhte in seinem Zeitpunkt. Im letzten Vierteljahr betrug die Mitgliederzahl 13.963, im 2111 mehr als im letzten Quartal vor Kriegsausbruch. Der politische Zustand, der leider die Spaltung der Partei im Geolge hatte, hat glücklicherweise keinen Schaden in der Organisation im Zusammenhang angebracht. Die Kollegen können sich darauf verlassen, daß die Organisation der Arbeiter nicht leistungsfähig zu haben. Die Revolution, die zum Ausbau des Verbandes viel beigetragen hat, wurde von den Kollegen allgemein begrüßt. Gegenwärtig schließt ein junger Arbeiterbewegung. Ein solcher Arbeiterbewegung, der in Bayern ansetzt, kann der Bewegung nur Schaden bringen. Der Reichsratler ging auch auf die Frage gegen die Gewerkschaften näher ein und betonte, daß die Sprengungsbewegung in letzter Linie den Organisationen selbst gelten. Wenn man die Gewerkschaftsbewegung zurückhält und den Arbeiter jede Unternehmung nimmt, dann ist der Arbeiter nicht mehr ein Arbeiter. Die richtigen Dinge können die Gewerkschaften nicht mindern. Wir wollen nicht, daß die Arbeiterarbeit durch unrichtige Experimente in unglückliches Elend geführt wird und dann erst recht nicht in der Lage ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu bekämpfen. Ein einziger Punkt der Konferenz nach, daß der Deutsche Bauarbeiterverband im Krieg seine Pflicht erfüllt hat und betonte, daß gerade hier die Arbeitsschritte nicht mitgefallen haben. Auch die Lohnbewegungen wurden in dieser Zeit auf das Beste durchgeführt. Mehrere einer Aussprache, die sich über den gegenwärtigen Zustand der Arbeiter in der Konferenz folgebefugte, daß die Gewerkschaften die Bauarbeiter-Verbandsleitung, die Gewerkschaften und Umgebung, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Anmaßungen jener Personen, die der Organisation fernstehen und vorübergehend in der Organisation der Arbeiter in der Organisation zu treten haben. Die Konferenz ermahnt mit aller Entschiedenheit, daß es ausdrücklich Sache der Verbandsmitglieder ist, zu bestimmen, wenn sie mit der Führung ihrer Geschäfte betraut werden wollen. Die Konferenz weist auf den notwendigen Revisionsrat hin.

Zur Tarifbewegung berichtete der Vertreter des Hauptverbandes, Kollege Dörmlich. Er ging aus von der Tarifbewegung des Jahres 1918 und beleuchtete die ungenügende Schwierigkeiten während des Krieges, welche die Arbeiter zu erleiden haben. Die Konferenz ermahnt mit aller Entschiedenheit, daß es ausdrücklich Sache der Verbandsmitglieder ist, zu bestimmen, wenn sie mit der Führung ihrer Geschäfte betraut werden wollen. Die Konferenz weist auf den notwendigen Revisionsrat hin.

Der Revisionsrat wurde für die Tarifbewegung angenommen. Der Revisionsrat wurde für die Tarifbewegung angenommen. Der Revisionsrat wurde für die Tarifbewegung angenommen.

Der Revisionsrat wurde für die Tarifbewegung angenommen. Der Revisionsrat wurde für die Tarifbewegung angenommen. Der Revisionsrat wurde für die Tarifbewegung angenommen.

gelegt. Und als die Breslauer Kollegen ihren ersten Delegierten zum Verbandstag entsandten, da war es unser Freund Wog, der sich das Vertrauen erworben hatte, die Interessen der Kollegen auf dem Verbandstage zu vertreten. Wer die Verhandlungsgeschichte der Breslauer Bauarbeiter kennt, weiß, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Organisation zu kämpfen hatte. Aber ist in seinem Ziel, Reite er sich an die Seite seiner Vorstandscollegen und arbeitete mit an dem Werk, den Verband zu einem Machtfaktor zu gestalten. Viel zu früh ist er von uns geschieden.

**Frankfurt a. M. (Zahresbericht)** Auch im vorliegenden Berichtsjahre erstreckte sich die Bauwirtschaft im hiesigen Gebiet vornehmlich auf die Aufstellung von Bauten, die mit der Beschaffung von Bauelementen im Zusammenhang standen. Größere Arbeitsstellen dieser Art waren neben anderen kleineren die Arbeiterwerke (vorm. Hg. Meyer), Bogit und Häfner, Seidenweberer Kupferwerke und die Chemischen Werke Mainfurt. Am effizientesten und bestbeschäftigten wurden in Frankfurt a. M. größere Bauten am Osthafen (Lager- und Lebensmittellager), ferner Umbauten und Fertigstellung von Arbeiten an der Hauptpost, Postamt Nr. 9, am Elektrizitätswerk 11, in Wobenheim, in den Gasfabriken und an der Umformstation ausgeführt. Die hiesigen Bauwirtschaften beschäftigten hauptsächlich in der allernotwendigsten und unentbehrlichsten Reparatur- und Wohnungsbauten, wovon eine ganze Reihe von den unglücklichsten Pflanzengruppen herührten. Im Gebiet des Vereins war die Bautätigkeit in Höhe von 30 in den stärksten, Mainfurtwerken usw. sehr lebhaft. Ebenfalls in der Bauwirtschaft in den hiesigen Werken und bei der Firma Solgmann & Co. sowie bei der Firma Sidermann die Bautätigkeit. In Offenbach a. M. wurden größere Arbeiten in den Fabriken von Meier & Schmidt, Schmalz und Schlegelwerke ausgeführt, in Oberursel in der Motorenfabrik, so daß auch in diesen beiden Orten die Bauwirtschaft ziemlich gut war. In den Arbeitssparten Datteln, Friedberg und Homburg waren nur kleinere Arbeiten ausgeführt, infolgedessen war dort für unsere Kollegen weniger Arbeitsgelegenheit. Größere Arbeiten im Gebiet waren noch die Schieferbauten bei Stumpenheim und Heßelbach. Auch an den Wälderdepots in Heßelbach wurden größere Arbeiten ausgeführt, so daß unsere Kollegen bis zum Beginn der Demobilisationsperiode immer beschäftigt waren. Bei Ausbruch der Revolution waren im Gebiet die vorhandenen Bauarbeiter noch voll beschäftigt; nun aber letzte eine ganze Anzahl unserer Kollegen, die während des Krieges in allerlei anderen Betrieben beschäftigt waren, in den Bereich zurück. Die arbeitsfähigen fanden zur selben Zeit viele unserer Kollegen im ganzen Gebiet in der Holzwarenbauwirtschaft, so daß die Zahl der Arbeitslosen im Monat November immer noch nicht allzu groß wurde. Die vom Heere entlassenen Kollegen wurden durch den Krieg, welcher größer und abwärts war im Arbeitsmarkt, in den Bauwirtschaften und über die Bauwirtschaft dazu, die Ausführung von städtischen Wohnbauten, arbeiten beschäftigen lassen, was es doch nicht zu vermeiden, daß wir immer einen Teil der Kollegen arbeitslos hatten. Gleichfalls großer Teil unserer Kollegen fand auf dem Bau Beschäftigung und die Durchführung von Wohnbauten durch Umbauten von alten Gebäuden sowie städtischer Wohnneubauten hat allmählich den Arbeitsmarkt im Augeverbre, besonders in Frankfurt, etwas günstiger beeinflusst.

Der Bauarbeiter sollte die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen. Die Bauarbeiter sollten die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen. Die Bauarbeiter sollten die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften nicht unterstützen.



